Siemens-Nixdorf

Rückdatierte Verträge?

Ärger für Siemens-Nixdorf-Chef Gerhard Schulmeyer: Sieben Staatsanwälte und 25 Polizisten untersuchten am Donnerstag vergangener Woche in München sechs Betriebe der Siemens-Nixdorf Informationssysteme AG (SNI) und transportierten Personalakten ab. SNI-Manager stehen unter dem Verdacht, in den vergangenen Jahren bis zu tausend Auflösungsverträge mit ausgeschiedenen Mitarbeitern rückdatiert und damit die Arbeitslosenversicherung um einen zweistelligen Millionenbetrag geprellt zu haben. Trennen sich Firmen von langjährigen Mitarbeitern gegen Zahlung einer Abfindung, müssen sie die gesetzlich vorgeschriebenen Kündigungsfristen einhalten – sonst droht den entlassenen Angestellten eine Sperrfrist bei der Arbeitslosenunterstützung. Durch rückdatierte Aufhebungsverträge sollen Siemens-Manager die gesetzlichen Bestimmungen umgangen haben. Vor der Untersuchungsaktion in der vergangenen Woche waren bereits im März Siemens-Niederlassungen in Nürnberg, Erlangen und Hanau gefilzt worden. Die Ermittlungen wurden ausgelöst durch Insider-Tips und Nachforschungen der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit.

T. GEIER

Schulmeyer

Steinkohle

Zechensterben trotz Milliardensubventionen

Der deutsche Steinkohlenbergbau soll auch nach der Jahrtausendwende mit Steuermilliarden am Leben gehalten werden. Kanzler Helmut Kohl will Ruhe an der Ruhr haben und hat nach Gesprächen mit Unternehmensvertretern und der IG Bergbau sich auf die Grundzüge eines Kompromisses geeinigt. Demnach sollen die Zechen, die bislang mit rund zehn Milliarden Mark jährlich subventioniert werden, selbst im Jahr 2005 noch 5,3 Milliarden Mark erhalten. Die Staatshilfe soll schon 1999 und nicht erst im Jahr 2000, wie zunächst vorgesehen, reduziert werden. Dann will Bonn die Subventionen schrittweise senken – bis auf 5,3 Milliarden Mark im Jahr 2005. Das sind drei Milliarden Mark mehr, als Bonn ursprünglich spendieren wollte, und 1,7 Milliarden weniger, als die Kohle-Lobby gefordert hatte. Über die definitive Lösung wird erst in den nächsten Wochen entschieden. Am Mittwoch dieser Woche trifft sich Gerhard Neipp, Chef der Ruhrkohle AG, mit dem Kanzler, zwei Tage später der IG-Bergbau-Vorsitzende Hans Berger. Der Kompromiß sichert das Überleben der deutschen Steinkohlenförderung, aber von den derzeit 90 000 Bergarbeiterjobs wird nur noch die Hälfte bleiben. 9 bis 10 der heute noch arbeitenden 19 Zechen (1958 waren es allein an der Ruhr 118) müssen vermutlich geschlossen werden.

P. FRISCHMUTH

Kohleförderung an der Ruhr

ZB / DPA

Bau einer Erdgasleitung in Sachsen-Anhalt

Energie

Mehr Strom aus Gas

Die RWE Energie AG will künftig mehr Erdgas zur Verstromung einsetzen und den Gas-Anteil von 3 auf 15 Prozent erhöhen. Nicht zuletzt wegen der Querelen um den Braunkohle-Abbau von Garzweiler II setzt das RWE auf den umweltfreundlicheren Energieträger und will seine Gas-Kraftwerkskapazitäten um 2000 Megawatt ausbauen. Daher plant das RWE eine Beteiligung an der Thyssengas GmbH, einer der größten deutschen Ferngasgesellschaften. Die RWE-Manager wollen vom Bayernwerk 50 Prozent der Thyssengas-Anteile übernehmen und dafür ihr 20prozentiges Aktienpaket an den Isar-Amperwerken eintauschen. Thyssengas, an der auch Shell und Esso beteiligt sind, ist einer der größten deutschen Abnehmer von holländischem Erdgas.

Telekommunikation

Konkurrent aus den USA

Nach der amerikanischen Telefongesellschaft AT&T drängt ein weiteres US-Unternehmen auf den deutschen Markt: Rund 100 Millionen Dollar, so der Chef der amerikanischen Telefongesellschaft Global Link, Holland Taylor, werde sein Unternehmen in Deutschland investieren. Bis 1998, wenn das Monopol der Telekom fällt, will Taylor in Deutschland rund 60 Vermittlungsstellen aufgebaut haben, um deutschen Kunden Telefondienstleistungen anzubieten. Leitungen, so Taylor, gebe es bis dahin genug. Neben der Telekom bauen auch private Unternehmen wie Mannesmann und die Veba eigene Netze aus, die Global Link anmieten wolle. Man sei mit mehreren Gesellschaften im Gespräch. Insgesamt will die US-Firma in Deutschland auf dem 100 Milliarden Mark schweren Telekommunikationsmarkt einen Anteil von rund fünf Prozent erkämpfen.